

des Proletariats und der Kolonialländer, Vorbereitung der Intervention gegen die einzige wirkliche Friedensmacht, die Samajunion, und eines neuen imperialistischen Gemesels. Wir verstehen die Lösung des Friedens so, wie sie Karl Liebknecht und Lenin verstanden haben:

**„Wer einen dauernden und demokratischen Frieden will, muß für den Bürgerkrieg, gegen Regierungen und Bourgeoisie sein.“**

So schrieb Lenin schon im Jahre 1914. Eine Sicherung des Friedens ohne Zerstörung der Grundlagen, aus denen ständig imperialistische Konflikte erwachsen, des Kapitalismus, ist unmöglich. Wer den Frieden predigt, aber den revolutionären Kampf zum Sturze der Bourgeoisie nicht unterstützt, betrügt die Massen und macht sich an dem imperialistischen Völkermorden, das ohne die Befreiung des Kapitalismus unermesslich ist, mitschuldig.

Die Reformisten haben ein neues Argument aufgebracht, um in der gegenwärtigen Situation die Kriegsvorbereitungen gegen die Samajunion mit der Lösung des Friedens zu unterstützen. Sie erklären, die Demokratie garantierte den Frieden, aber die Länder ohne Demokratie, das faschistische Italien und das bolschewistische Rußland, bedrohten den Frieden. Dieser freche Schwindel wird durch die Tatsachen jedes Tages, vor allem aber durch die Tatsache des Weltgemesels widerlegt. Die demokratischen Republikpublikan des Westens sind mit derselben Notwendigkeit durch die imperialistischen Gegensätze und das Wettstreiten in den Krieg getrieben worden, wie die Monarchien Mitteleuropas und das zaristische Rußland. Die „Demokratien“ Frankreichs, Englands und Amerikas standen bekanntlich im Kriegsbündnis mit der zaristischen Despotie genau so, wie heute dieselben „Demokratien“ durch den Völkermord mit dem faschistischen Italien verbündet sind. Als in Rußland durch die Februarrevolution die bürgerliche Demokratie gestiftet hatte, wurde dennoch der imperialistische Krieg fortgesetzt. Die „demokratische“ Kerenski-Regierung weigerte sich, die imperialistischen Verträge mit England und Frankreich zu kündigen, die Geheimabmachungen um die Teilung der Beute dem Volke zu verraten. Erst als die proletarische Revolution unter Führung der Bolschewiki im Oktober 1917 gestiftet hatte, erst als die Diktatur der Arbeiterräte die proletarische Demokratie verwirklichte, war der Ring des imperialistischen Krieges durchbrochen. Die proletarische Diktatur gab allen vom Zarenismus unterdrückten Völkern die Freiheit. Seither wurde kein Blutströpfchen russischer Arbeiter und Bauern im Interesse des Profits, im Interesse kapitalistischer Eroberungen vergossen. Die deutschen Arbeiter haben die Friedensverhandlungen von

Brest-Litowsk noch nicht vergessen. Die Beauftragten der Samajregierung proklamieren vor der ganzen Welt den Grundsatz des Friedens ohne Eroberungen und ohne Kriegsentwöhnungen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die Demokratien des Westens haben sich diesen Grundsatz so wenig zu eigen gemacht, wie die Monarchien Mitteleuropas. Im Kampfe für diese wahrhaft demokratischen Grundsätze, auf denen allein ein dauernder Friede begründet werden kann, steht die Samajmacht heute ebenso noch allein unter den Staaten wie 1917. Heute wie damals verteidigt sie im Kampfe für den Frieden die Interessen der Werttätigen aller Länder.

Mit vollem Recht hat Genosse Stöcker im Reichstag darauf hingewiesen, daß jeder bürgerliche Staat, ob demokratische Republik oder absolute Monarchie, solche Provokationen, wie sie sich das „demokratische“ England gegen die Samajunion erlaube, mit dem Kriege beantwortet hätte. Die Diktatur der Bourgeoisie, mag sie sich auch in das Gewand der Demokratie heiden, ist zum Kriege entschlossen. Denn die Opfer des Krieges haben die werttätigen Massen zu tragen, die Gewinne fließen in die Taschen der Besitzenden. Weil die arbeitenden Massen diese Lehre aus dem letzten Kriege gezogen haben und nicht mehr so willig als Kanonensfutter zu gebrauchen sind, bauen die bürgerlichen Staaten das bisherige „Demokratie“, das noch existiert, desto mehr ab, je näher der Krieg kommt.

Die Diktatur des Proletariats greift zu den Waffen des Krieges nur im äußersten Notfall. Die Arbeiter sind jederzeit bereit, die Errungenschaften ihrer Revolution mit ihrem Blut zu verteidigen und ihren Klassenbrüdern in anderen Ländern zu Hilfe zu kommen, aber sie wissen, daß die friedliche Arbeit des sozialistischen Aufbaues nach dem Siege der Revolution zugleich die stärkste Sicherung der revolutionären Errungenschaften gegen den äußeren Feind und die mächtige Unterstützung der revolutionären Bewegung aller Länder ist. Der Kampf für den Frieden ist also nicht ein Kampf für die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse, sondern für ihre revolutionäre Umwälzung. Er kann nicht erst beginnen, wenn der Krieg ausgebrochen ist, er muß ständig und ununterbrochen geführt werden.

Der Kampf für den Frieden, das ist der tägliche Kampf der Arbeiterräte gegen den Kapitalismus, gegen die bürgerliche Regierung, der Kampf für bessere Lebensbedingungen, für den Sturz der Bourgeoisie, für die Arbeiter- und Bauernregierung, für den Sozialismus. Der Kampf für den Frieden, das ist zugleich die Unterstützung der Samajunion mit allen Mitteln, das ist der Kampf für die Ausbreitung der Samajmacht über die Grenzen aller heute noch bürgerlichen Staaten.

## Durchpeitschung der Zollvorlage

Die Kommunisten führen im Zollkampf. — Demokraten für Getreidezölle. — Die SPD für Verschleppung.

Berlin, 7. Juli 1927.

Im Handelspolitischen Ausschuss wurde gestern die Generaldebatte über die Zollvorlage fortgesetzt. Für die SPD begründete Hilferding einen Antrag auf Verlängerung des Bestehens des Zollgesetzes bis zum Herbst. Hilferding sagte kein Wort von prinzipieller Gegnerschaft gegen die Zollpolitik des kapitalistischen Staates. Seine Rede war nichts als gutes Zureden an Zentrum und Volkspartei — ein Betteln um die Große Koalition. Der Minister Schiele sah sich endlich einmal bemüht, dem Ausschuss einige Zahlen und Daten über Fleisch- und Kartoffelerzeugung, Import und Export sowie über den Umfang des Konsums in Deutschland vorzulegen. Genosse Hoerle wies ihm die krassen Widersprüche der Regierungsvorlage nach und nagelte dann die verzerrende Haltung der SPD fest.

In der Spezialdebatte wiesen die Genossen Leddermeier und Weber an Hand umfangreichen Materials die unerträgliche Mehrbelastung der arbeitenden Massen nach. Für die SPD verteidigte die linke SPD die Hilferding'schen Kompromisse mit dem famosen Argument, wenn die Regierungsvorlage zu Fall komme, dann trete das Gesetz von 1902 wieder in Kraft, das noch höhere Getreidezölle enthalte. Mit dieser Argumentation begünstigt die SPD geradezu den Zollwucher des Bürgerblods.

Wie wenig ernst den Sozialdemokraten ihre „Opposition“ gegen die Zollvorlage überhaupt ist, zeigt ihre Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Aufhebung des Zolltarifgesetzes von 1902 nebst allen späteren Zolländerungsgesetzen, wobei die SPD mit dem Bürgerblock Arm in Arm gegen die Kommunisten stimmte. Die kommunistische Entschlossenheit auf Aufhebung der Zolltarifvorlage wurde von sämtlichen Parteien gegen die Kommunisten niedergestimmt.

Damit ist der Zollraub so gut wie perfekt. Die Durchpeitschung der 2. und 3. Lesung im Plenum wird nichts Wesentliches

ändern. Bis Sonnabend soll der Zollwucher auch im Reichstag verabschiedet sein. Die Herren wollen in die Ferien, und die Sozialdemokraten heißen weder mit, den Raubzug auf die Taschen der Werttätigen durchzuführen.

## Der Abrüstungsschwindel im Reichstag

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages gab am Donnerstag den 7. Juli Graf von Bernstorff einen Bericht über die Genet Abrüstungskonferenzen. Der offizielle Bericht über die vertraulichen Verhandlungen sagt nur, daß die Abgeordneten Stöcker (Komm.), Stampfer (Soziald.) und von Rheinbaben (DV.) gesprochen haben und daß der Reichsaussenminister Sittemann mehrfach in die Debatte eingegriffen habe. Stresemann soll die Erklärung abgegeben haben, daß die „durch ein Nachrichtenblatt verbreitete Mitteilung über Besprechung oder sogar Vereinbarungen hinsichtlich einer deutschen Aufrüstung völlig aus der Luft gegriffen seien“.

Es ist klar, daß unser Genosse Stöcker bei diesen Beratungen den Abrüstungsschwindel nicht nur der anderen Wächte, sondern auch der deutschen Regierung aufgezeigt hat, deren militärische Aufrüstungspläne und Arbeiten immer offenkundiger werden.

## Die SPD für neue kirchliche Feiertage

Das Zentrum will als Gegenleistung die Verfassung feiern.

Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde in der Sitzung am 7. Juli in der Beratung des sozialdemokratischen Antrages, der den 11. August zum gesetzlichen Nationalfeiertag fordert, fortgesetzt. Das Zentrum machte erneut seine Zustimmung zu diesem Antrag davon abhängig, daß gleichzeitig die bisher bestehenden reichs- sowie landesgesetzlichen kirchlichen Feiertage durch Reichsgesetz zu gesetzlichen Feiertagen gemacht werden. Die Deutsche Volkspartei fordert darüber hinaus die Erklärung des 18. Januars zum gesetzlichen Feiertag.

Der Sozialdemokrat David sowie Frau Büll erklärten im Namen ihrer Fraktion, daß sie bereit seien, den Forderungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei in bezug auf die kirchlichen Feiertage zuzustimmen, wenn diese Parteien sich bereit erklärten, andererseits dafür zu stimmen, daß der 11. August tatsächlich am 11. August gefeiert werden soll. Aber auch dieser Standpunkt wurde von den Sozialdemokraten nur für fünf Minuten aufrecht erhalten. Nachdem einige bürgerliche Redner gesprochen hatten, erklärte sich David damit einverstanden, daß die Länder das Recht haben sollen den Verfallungsfeiertag auf den dem 11. August folgenden Sonntag festzusetzen.

Diesem schändlichen Kuhhandel trat Genosse Kreuzburg auf das schärfste entgegen. Er erinnert die Sozialdemokraten zunächst an den Auspruch Pallas, daß Verfallungsfragen Nachfragen sind und die Reichsverfassung vom 11. August 1919 nichts anderes sei, als die Anerkennung der Machtverhältnisse, wie sie durch die Niederwerfung des Proletariats durch die Kosgardien geschaffen wurden. Die Reichsverfassung war der gezielte Schläger unter dem Siegel der Konterrevolution. Einen solchen Tag zu feiern, habe höchstens die Konterrevolution, nicht aber das revolutionäre Proletariat Ursache. Wenn trotzdem heute die bürgerlichen Parteien dem sozialdemokratischen Antrag nicht zustimmen, so deshalb, weil inzwischen durch die Schuld der Sozialdemokratie die Machtverhältnisse so zugunsten des Bürgertums verschoben sind, daß diese heute bereits dazu übergehen können, auf dem Boden der „Demokratie“ diese Verfassung ihrem Interesse entsprechend zu ändern. Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1919 diese „Verfassung“ zum Objekt eines politischen Kuhhandels gegen die Arbeiterklasse gemacht, sie macht heute den logenannten Verfallungsstag erneut zum Objekt eines politischen Kuhhandels. Sie erklärt sich bereit, neue kirchliche Feiertage, die durch die Revolution beseitigt wurden, gesellschaft festzusetzen, ohne ein Wort über die Beziehung des Arbeitslohnesalles durch die Kapitalisten zu sagen. Sie führt also einen neuen Schlag gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Gesamtarbeiterchaft. Die kommunistische Partei lehnt die vorgelegten Anträge ohne Ausnahme ab und wird nicht verstehen, das schändliche Verhalten der Sozialdemokratie mit diesen Fragen vor der Gesamtarbeiterchaft zu brandmarken.

Auf diese Ausführungen, die sie zum Teil anerkannte, wußte Frau Büll mit nichts anderem zu antworten, als mit einigen Phrasen von Toleranz usw.

In der Morgen Sitzung soll die Generaldebatte beendet, die Entscheidung dann bis zum Herbst vertagt werden.

## Pleite der Geabrüftung

London, 6. Juli (Eig. Drahtbericht.)

Durch die Ablehnung des amerikanischen Vorschlags in der Kreuzerfrage durch England und Japan und durch die krasse Ablehnung des englischen Gegenantrages seitens der Vereinigten Staaten droht die Genet Abrüstungskonferenz ergebnislos auseinanderzugehen. Der Washingtoner Korrespondent der konservativen Morning Post schreibt, die Vereinigten Staaten seien nicht nach Genf gegangen, um an einer Konferenz teilzunehmen, sondern um ein Ultimatum zu überreichen.

## Die Aufrüstung in Frankreich

Annahme der Dienstpflichtgesetz.

Paris. Mit 431 gegen 131 Stimmen nahm die französische Kammer Artikel 1 und 2 der Dienstvorlage an, nach welchen in Zukunft die Dauer der Dienstzeit von 18 Monaten auf 1 Jahr herabgesetzt wird. Nach Abschließung ihrer Dienstzeit verbleiben aber die gebildeten Mannschaften noch weitere 3 Jahre „zur Verfügung“, d. h. die Regierung behält sich das Recht vor, sie jederzeit zur Erhöhung der aktiven Truppenbestände auf Kriegsstärke einzuziehen. Die Einführung der einjährigen Dienstzeit wird noch von der Erhöhung der Zahl der Berufsdienstleistungen von 70 000 auf 106 000 abhängig gemacht. Die neue französische Armee wird danach 500 000 Mann zählen, und zwar 106 000 Berufsdienstleistungen, 240 000 aktive Truppen, 90 000 Kolonialtruppen in Nordafrika, 55 000 eingeborene Truppen in den übrigen französischen Kolonien, 18 000 Fremdenlegionäre, 10 000 in den Strafbataillonen und rund 10 000 Gendarme.

## Kein Frieden in der englischen Industrie!

London, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Am 5. Juli wurde in Carlisle der Jahreskongress der Britischen Eisenbahnerunion mit einer Ansprache des Präsidenten Dobbie eröffnet, in der dieser die Politik Baldwin's auf das heftigste angriff. Mit dem neuen Gemeinlichgesetz sei der Arbeiterkampf der Krieg erklärt worden. Kein Wort dürfte mehr von Frieden in der Industrie gesprochen werden. Gemeinlichkeiten müßten die Durchführung des Gemeinlichgesetzes verweigern.

## Clara-Zettin-Kundgebung

Von L. L., Dresden

Am vergangenen Mittwoch fand die zweite Frauenkundgebung in Dresden-Neustadt in Wahrens Etablissement statt. Es war eine echt proletarische Feier. Wir sahen alle zusammen mit gleichen Gedanken und gleichem Willen zum gemeinsamen Ziel. Viele sprachen von unserer Clara. Und wir wurden stolz und froh dabei, wenn wir sahen, welche großen, unermüdlichen Menschen unsere proletarische Bewegung herangezogen hat. Eine alte Berliner Genossin, die mit Clara zusammen gearbeitet sprach von ihrer Kraft, immer wieder Mut zu geben durch ihren wunderbaren klaren Geist. Und dann hörten wir Worte von Clara selber. Genossin Strzelewicz las eine Rede, gehalten im Baseler Kongress 1912, vor. Mit klaren, klaren Worten legte Clara die Stellungnahme der Frau in der Zusammenarbeit mit dem Mann und ihren Kampf gegen den imperialistischen Krieg dar und forderte Hingabe bis zum Äußersten an unser Ziel. So lebendig ist diese Rede geblieben, daß sie heute wie aus den Notwendigkeiten unserer Lage heraus gesprochen klingt. Darauf ergriff die Genossin Hoerle das Wort, ihre Rede war knapp, eindringlich und stark, wie Hammerschläge. Sie forderte die kollektivistische Zusammenarbeit aller Frauen nach ihren Kräften. Nur so können wir große Führer, die es letzten gibt, ersehen. Wir alle fühlten sehr die Wichtigkeit dieser Worte und ich glaube, daß sie nicht umsonst gesprochen worden sind. Den Hauptanteil des Abends trug die „Rote Truppe“ Strzelewicz. Und wir wollen sehr froh sein, eine solche Rote Truppe zu haben, die in herrlicher Weise, besonders in den latrischen Spielen, versteht, die Welt und die Gedanken des revolutionären Proletariats darzustellen. Strzelewicz mit einigen trefflichen Gedichten begann die Spiele. Schön war das Gedicht, das Willi Ost und die Genossin Gertrud sangen. Dann folgte die Szene „Front“, die den Verrat der Sozialrevolutionäre in Rußland 1918 darstellte und sehr gut, besonders die entwicklungsbedingte Stellung des Bauern zeigt, der sich noch nicht ganz losgelöst hat vom alten Glauben, aber seine Befreiung durch Lenin begriffen hat. — Die Rote Truppe ist ganz besonders gut in den latrischen Spielen. Das mag daran liegen, daß sie sich in den ersten Sachen noch zu sehr der alten Gewohnheiten bedient. Zum Beispiel das Massen-gemurmel und noch andere Dinge schwächen den starken Inhalt etwas ab. Während in dem „Goldfisch“ mit den wenigsten und knappen Mitteln ohne irgendwelche Ueberflüssigkeiten gearbeitet wird, Dadurch erhält das Spiel eine ganz klare,

einfach und darum viel stärker wirkende Form. Der „Goldfisch“ und die Professorene sind zwei herrliche Sachen. Die Typen sind prägnant, das Bewies der andauernde Beifall. Der letzte, untertänige Lepart, der Goldfisch und der mechanisierte Dr. Dames mit seiner Teufelsfrage konnten nicht besser die imperialistischen Komödianten entlarven. — Und die geschminkte Dame „Presse“ mit ihren Wörtern erregte großes Vergnügen. Jedes Erscheinen ihrer Verehrer wurde mit Gelächter empfangen. Zuletzt der SPD-Trottel, dann der Zentrumsstasche und die Demokratische Partei, ein besoffener Matros, geklammert am Mast seines Nachtopfisches, schwankt er auf dem politischen Meer, bald rechts, bald links. Dann fuhr vorbei im Auto das teure Großkapital und mit Gelächter und Geflach machte als letztes Stillers Herrabrueller. Auf einmal ent schlüpft mit Getöse die Dame. Herrabrueller die Proleten mit ihrer Zeitung, der Arbeiterstimme. Vergessen sei nicht, daß während der Pause eine Schar Jung-Spartakus-Pioniere zwei sehr schöne Arbeiterlieder sang.

## Omni Gai

Die Königin von Afrika

Unter diesem Titel wurden in den verschiedensten Arbeitervierteln große Mengen von Reklamebülletins der Münchner Illustrierten verteilt. Oben auf selbstverständlich eine schöne dekolletierte Frau, diesmal jedoch eine Schwarze, eine Negerin. Warum betreibt die kapitalistische Presse solch einen ungeheuren Reklameaufwand? Erstens wird sie davon profitiert, denn ein großer Teil der Menge wird, verlost von der sensationell exotischen Geschichte, ihre ärmlichen Groschen daran loswerden. Und zweitens, weil es gilt, langsam und sicher durch schamlose, erlogene Propaganda das Volk zu verwirren und zu verblenden, um dann später die politischen Früchte davon zu ernten. Und diesmal geht es um die Kolonien. Deutschland soll ein Mandat im Kolonialrat des Völkerbundes bekommen. Arbeiter, merkt ihr, wohin die Fahrt geht? Diese lächerliche Afrikanerin soll beitragen, das Interesse der breiten Masse für die verlorenen Kolonien wieder zu wecken, damit der deutsche Imperialismus im gegebenen Moment ungehindert seine Hand nach den erwachsenen Kolonialländern ausstrecken kann, um die fürchterlich ausgebeuteten und um ihre Freiheit kämpfenden noch mehr auszulagern und zu mordern. Bei diesen Unterhaltungsromanchen kündigt es an und bei den Kolonialregeln hört es auf! Das ist die Methode des Kapitalismus. — Und nun wollen wir den Roman lesen. Er ist ein elendes, werksames Nachwerk. Es ist ein neues Beispiel, wie niemals die bürgerliche Propaganda,

sei es Plakat, Film oder Presse, eine gute künstlerische Leistung zustande gebracht hat. Wie kann es auch anders sein? Eine Idee, die aus Betrug und Grausamkeit besteht, kann nie zu echter, ergreifender Kunst werden. Seht doch die Kriegerdenkmäler und erinnert euch der schandigen Kriegsliteratur und der Plakate. — Der Roman beginnt mit einer scheinbar wissenschaftlichen Einleitung. Man gibt alle Creuel der Kolonialpolitik an, — natürlich nur für die „anderen“, hauptsächlich die Engländer, aber, unser deutsches Volk gottlob hat so gut wie nichts dazu beigetragen. — Dafür hat der Deutsche unbedingt einen moralischen (!) Anspruch darauf, an den künftigen Geschicken Afrikas wieder „maßgeblich“ (!) mitzumitteln. So der Text. Der Engländer, personifiziert als Lord wird in alberner Weise als böser, lüsterner Mann gezeigt, hingegen der junge, beiseidene Deutsche als frisch-tromm-frohlicher, charakterfester Held, der dann natürlich die schöne Dima Siat heiraten wird. — Siehe da! Der deutsche Opfer eine Negerin? Allen im Gedächtnis ist noch die „Schwarze Schmach“ und auf einmal ist gar nichts Verächtliches mehr daran. Das Blättchen hat sich nämlich etwas gewendet. Aus den verachteten, verfluchten Negern hat sich ein hochintelligentes, starkes, dem Weissen in allem mehr als gleichwertiges Volk entwickelt, das immer selbständiger wird und dem weissen Kapitalisten als schwere Gefahr droht. Mit Kolonialtheorien und bürgerlicher Verachtung ist jetzt nichts mehr zu wollen. Darum fängt man an, ihnen zu schmeicheln, ihnen um den Bart zu gehen, ihnen angenehme Dinge zu sagen, daß sie ja doch eigentlich eine sehr hohe Kultur besitzen und gar keine niedere Rasse seien und so ähnliches, widerliches Geschleime mehr. Doch es wird umsonst sein. Die aufstrebenden, gesund, bisher ausgebeuteten Kolonialvölker werden über ihre bedauernden, verbrauchten kapitalistischen Ausbeuter triumphieren und mit ihnen das ganze gefackelte Proletariat Europas.

**Volkshochschule.** Ernst Thiem: 3. kanstlerische Wanderrung: Sonnabend, Sonntag den 9. und 11. Juli. Sonntagshaus Lauenstein. Nachwanderer: Abfahrt 20.33 Uhr Hauptbahnhof nach Bärenhäute-Johnsbach; Nachkommende Sonntag, Abfahrt 5.24 Uhr Hauptbahnhof nach Bärenhäute. — Ebenfalls Sonntag den 10. Juli: Führung durch den Zoologischen Garten unter Leitung von Prof. Dr. Gustav v. Brandes.

**Volkshochschule.** Wanderrung mit Dr. Herbert Schneider: Sonntag den 10. Juli: Geising-Gottschuba. Abfahrt: 5.24 Uhr Hauptbahnhof nach Geising. Sonntagstarke Altenberg-Gottschuba — Schumann-Wanderrung Sonntag den 10. Juli: Vefelung an der Einweihungsfeier des Königsteiner Naturfreundehelms. nachm. wif. Wanderrung. Abfahrt 8.10 Uhr Hauptbahnhof Sonntagstarke Königstein.

Freitag  
Die  
wobei  
trah, ihr  
heit (47  
vor Frem  
gerung  
drei W  
anfang  
2. auf  
auf Debr  
und Debr  
Das  
rang“ w  
genehmig  
munften  
Die  
mird dar  
gibt hier  
Konglom  
blods, d  
wird, abg  
halter de  
durch ar  
durch e  
wird.  
bezeichnet  
des Stah  
höchsten  
so zeigt  
die die  
Kanonem  
ebenso ge  
jenem  
in u  
gegenüber  
sichen Ka  
Statis der  
Anträge  
wurden d  
der dem  
Das entfi  
jenden W  
und ein  
leben, für  
Bürgerbl  
fordert d  
Koffen i  
wenigen  
ist, auf d  
abwähren  
am stärk  
Linien wa  
nett her  
dem Gebi  
tag angen  
as „Sp  
bewußte  
tums auf  
in den S  
auf die  
fernung,  
Ländern  
Thrale d  
des Gemei  
in richtig  
30 P  
heher  
Das bew  
auf Kofte  
Regierung  
schwungen  
tag hat  
notum ge  
radikaler  
worten  
Vertrauen  
Regierung  
daß  
Kont  
daß sie a  
sichen W  
imbande,  
ba e m  
sein, zu  
aller Kra  
Sturz die  
les arbe  
bei den  
Nach  
griffe der  
der Sozia  
nationale  
heldt als  
der Abst  
der Komm  
Redenssch  
nehmigt  
über Bel  
und an  
Dresden-  
Mehrheit  
von 2 000  
Mit  
Habe S  
die Erho  
Schwarz  
Der  
Rägen di  
he ausnu  
bewußten